



ÖSTERREICHISCHER
PRESSERAT

Senat 3

Der Presserat ist ein Verein, der sich für verantwortungsvollen Journalismus einsetzt und dem die wichtigsten Journalisten- und Verlegerverbände Österreichs angehören. Die Mitglieder der Senate des Presserats sind weisungsfrei und unabhängig. Die Medieninhaberin von „Heute“ hat die Schiedsgerichtbarkeit des Presserats bisher nicht anerkannt.

Wien, 18.10.2018

CR Dr. Christian Nusser
DJ Digitale Medien GmbH
Per E-Mail

Sehr geehrter Herr CR Dr. Nusser!

Der Senat 3 des Presserats beschäftigte sich aufgrund einer Mitteilung einer Leserin mit dem Artikel „Nationalrat stellt mutmaßliche Diebe“, erschienen am 29.08.2018 auf „www.heute.at“.

In dem Artikel wird darüber berichtet, dass FP-Nationalrat Christian Höbart drei mutmaßliche Ladendiebe gestellt habe.

Nach Erscheinen des Artikels stellte sich allerdings heraus, dass die drei beschuldigten Personen gar keinen Ladendiebstahl begangen hatten. Die Redaktion fügte daraufhin in der Überschrift und im Artikel das Wort „mutmaßlich“ ein und vermerkte am Ende des Artikels den Satz: „Laut Polizei blieb aber nichts Strafrelevantes übrig.“

Die Leserin kritisiert, dass hier Informationen des FP-Nationalrats unhinterfragt übernommen und nach Bekanntwerden des Irrtums der Artikel nur „halbherzig“ abgeändert worden sei. Die grundsätzliche Ausrichtung des Artikels sei erhalten geblieben.

Der Senat hat beschlossen, in dieser Angelegenheit kein Verfahren einzuleiten. Dennoch hält er fest, dass Informationen – unabhängig davon, aus welcher Quelle sie stammen – nicht unhinterfragt bzw. ohne „Re-Check“ übernommen werden dürfen. Im vorliegenden Fall hätten vor Veröffentlichung des Artikels bei der Polizei genauere Infos eingeholt werden müssen.

Auch das Wort „mutmaßlich“ ist im Kontext des Falles nicht korrekt, zumal es gar keine Anzeige gegeben hatte.

Der Senat verweist daher auf Punkt 2 des Ehrenkodex für die österreichische Presse, wonach Gewissenhaftigkeit und Korrektheit in Recherche und Wiedergabe von Nachrichten und Kommentaren die oberste Verpflichtung von Journalistinnen und Journalisten sind.

Der Senat fordert Sie und die Redaktion auf, bei Recherchen zu Straftaten gewissenhafter vorzugehen.

Dieser Brief wird auf der Webseite des Presserats veröffentlicht.

Mit freundlichen Grüßen,



Dr. Alexander Warzilek, GF